



Wenn 2.686 Beschäftigte 4,8 % ausmachen, dann fehlen nach Adam Riese noch 112 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen, um die 5%-Quote zu erfüllen. Das muss doch zu schaffen sein. Voraussetzung ist natürlich, dass das Land bei seinen Bemühungen nicht nachlässt. Die Ausgleichsausgabe von 40.535,76 Euro können wir doch sparen. Das Geld ist in der behindertengerechten Ausrichtung von Arbeitsplätzen beispielsweise durch eine Rampe oder ein Bildschirmlesegerät besser aufgehoben.

Ist es der Landesregierung allerdings ernst damit, dass sich der Anteil der Schwerbehinderten allein dadurch steigern lässt, indem Lehrerinnen und Lehrer, „ihre anerkannte Schwerbehinderung offenbaren“ (Seite 5), weil sie damit die Erhöhung der Arbeitszeit umgehen können, dann erübrigen sich wohl alle aktiven Bemühungen zu Neueinstellungen von Menschen mit Behinderungen. Ich kann nicht verhehlen, dass mir diese Passage in dem Bericht besonders sauer aufgestoßen ist, weil sie einem Zusammenhang von Drückebergerei und Behinderung suggeriert. Im besten Fall handelt es aber um ein redaktionelles Versehen. Der SSW ist der Ansicht: Land, geh du voran. Städte und Kreise sollten sich bei ihren Beschäftigten die Verhältnisse im Landesdienst zum Vorbild nehmen können. Das können sie derzeit noch nicht. Ich befürchte sogar, dass sich die Beschäftigungssituation verschlechtern könne. Bei den geforderten Stellenstreichungen spielen Qualitätsanforderungen kaum eine Rolle. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, als ob es auf die reine Statistik ankommt. Gerade deswegen befürchte ich einen Rückgang der Beschäftigung mit Behinderungen. Da müssen wir in den nächsten Jahren wachsam sein.